

Mai 2026

Ein Jahr schwarz-rote Koalition

Eine Zwischenbilanz

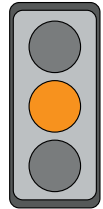


Carbon Management

Aktionsplan Carbon Management

Unsere Erwartung an die Koalition

CCS kann nur dann breite gesellschaftliche Akzeptanz finden, wenn die Bundesregierung zügig eine am Klimanutzen der Technologie orientierte Carbon Management-Strategie sowie der Bundestag das KSpTG verabschiedet. Für den effektiven Hochlauf von CCS bedarf es einer aktiveren koordinierenden Rolle des Staates bei der Planung der CO₂-Klimainfrastruktur.



Unsere Bewertung

Zwar wurde mit dem Kohlenstoffdioxid-Speicherungs- und Transportgesetz (KSpTG) die notwendige rechtliche Grundlage für CCS in Deutschland gelegt, doch lässt die klimapolitisch erforderliche Umsetzungsstrategie für die Dekarbonisierung von Industrien mit schwer vermeidbaren Emissionen noch immer auf sich warten. Nach einer langen Periode der Unsicherheit über die Governance des CCS-Hochlaufs wurde die Entwicklung eines „Aktionsplans Carbon Management“ angekündigt – unterstützt durch ein neu eingerichtetes „Carbon Management Forum (CMF)“ zur Beteiligung relevanter Stakeholder. Das jüngste Klimaschutzprogramm der Bundesregierung fokussiert sich auf die Anwendung von CCS an Müllverbrennungsanlagen als herausgehobene Branche gegenüber anderen empfehlenswerten Anwendungen – etwa bei Kalk und Zement – und bleibt in der Maßnahmenbeschreibung trotzdem vage. Die Bundesregierung offenbart damit weiterhin erhebliche Leerstellen bei der **klimaschutzfokussierten Entwicklung von branchenspezifischen Schwerpunkten**, der systematischen Integration von CCS in breitere Fragestellungen der Klima- und Industriepolitik sowie der notwendigen staatlichen Koordinationsrolle – insbesondere hinsichtlich **transformationspolitischer Aspekte**. Zudem werden die durch das KSpTG vorgeschriebenen Informationspflichten (auch zwischen Behörden) nicht koordiniert erfasst, sodass die dabei entstehenden Daten nicht allen Akteuren der CCS-Prozesskette und der Fachöffentlichkeit gleichermaßen zur Verfügung stehen.

Unsere Forderungen für den Aktionsplan Carbon Management

1

Effektive Verknüpfung von Carbon Management Forum (CMF) und Aktionsplan:

Stakeholderdialoge müssen als aktive **Informationsressource und Testing Ground konkreter Maßnahmenpläne** betrachtet werden. Vertrauensvoller Dialog im CMF führt nur dann zu Wirkung, Transparenz und Akzeptanz, wenn die Diskussionen sich auch in den Ergebnissen des Forums spiegeln – beispielsweise durch die Formulierung gemeinsamer Anforderungen an eine zu schaffende CCS-Koordinationsstelle zur Bündelung von Genehmigungsverfahren und zielgerichteten Beratung vom CCS-Hochlauf betroffenen Akteure.

2

Rolle von Clusterlösungen im Aktionsplan definieren:

Der aktuelle Diskurs zu Clustern – also zur Bündelung räumlich naher CO₂-Punktquellen – interessiert sich vor allem für zwei Aspekte: Kostensenkungspotenziale und die Auswirkungen auf den Netzaufbau. Um diesen Ansatz weiterzuentwickeln, braucht es eine präzisere Definition von „Clustern“ und regionale Analysen. Solche Analysen sollten prüfen, wie Cluster im deutschen Kontext umsetzbar sind und welches Potenzial sie konkret haben. Die Bundesregierung muss durch Beauftragung einer Studie (mit Beteiligung des CMF) klären, (a) in welchem Umfang Cluster in Deutschland tatsächlich Kostenreduktionspotenzial realisieren können und, (b) wie sich Lösungen in die entstehende Fördermittelstruktur – basierend auf Einzelprojektförderung über CCfDs und BIK – effektiv einfügen können.

3

Öffentliche Dashboards bzw. Kartenmaterial zur Bündelung von Informationen in einem zentral verwalteten Portal verfügbar machen:

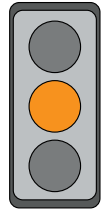
Das KSpTG sieht verschiedene z. T. bilaterale Informationsaustauschpflichten zwischen Akteuren der CCS-Prozesskette und Behörden vor. Die dabei entstehenden Daten sollten im rechtlich größtmöglichen Umfang öffentlich verfügbar gemacht werden, um eine effektivere Koordination zwischen den Akteuren der Prozesskette und auch der weiteren Fachöffentlichkeit zu ermöglichen. Derzeit ist es für interessierte Akteure schwierig, sich ein Gesamtbild der Planungen zum CCS-Hochlauf in Deutschland zu machen. Das Portal könnte modular entwickelt werden und letztlich zu einer iterativen Karte von Vorhaben im Rahmen des CO₂-Netzes von der Emissionsquelle bis zum Speicher ausgebaut werden, deren unterschiedlichen Schichten ggf. auch einer breiten Öffentlichkeit zur Information zugänglich gemacht werden können – nach dem Vorbild der erfolgreichen Energiewende-Dashboards.

Carbon Management

Finanzierung und Risikoabsicherung

Unsere Erwartung an die Koalition

Der Aufbau des CO₂-Netzes benötigt in der Startphase zusätzliche umfassende Mechanismen zur Absicherung der aufgrund der komplexen Prozessstruktur von CCS auftretenden Risiken. Für die Startphase von CCS ist zudem ein einfach nachzuvollziehendes System der Förderung einzelner First-Mover-Projekte essenziell, da CCS sich auf absehbare Zeit nicht allein aus dem ETS-Differenzpreis trägt.



Unsere Bewertung

Das vergangene Jahr ist von zahlreichen Diskussionen geprägt worden, die bezüglich ihrer Folgewirkungen auf das Vertrauen in die klimapolitischen Rahmenbedingungen zur Finanzierung von Dekarbonisierungsmaßnahmen wie CCS nur als fatal beschrieben werden können. Nur mit einem ansteigenden ETS-Preis, der mittelfristig in den Bereich der für die meisten CCS-Anwendungen geschätzten Kosten reicht (mind. > 150€ t/CO₂), ist ein Hochlauf der Technologie über ein paar Pilotprojekte hinaus denkbar. Zusätzlich sind für die Übergangsphase bis zur überwiegenden Finanzierung über den ETS und grüne Leitmärkte staatliche Förderprogramme wie z. B. CCfDs erforderlich. Die Bundesregierung hat sich nach langer Debatte für die Durchführung einer 2. Runde CCfDs mit erstmaliger Möglichkeit der Bewerbung auch für CCS-Projekte im Umfang von 5 Mrd. € entschieden. Da die Ergebnisse des Auswahlprozesses noch nicht veröffentlicht sind, kann nicht bewertet werden, ob sich das klima- und industriepolitisch sinnvolle Förderprogramm auch für CCS-Projekte neben der BIK bewährt. Die erforderliche Prüfung weiterer Risikoabsicherungsmechanismen, wie z. B. ein Amortisationskonto für den Aufbau des Transportnetzes, ist im ersten Jahr der Koalition nicht wesentlich vorangeschritten.

Unsere Forderungen für die Finanzierung von Carbon Management

1

ETS-Preisfad absichern und Tiefendekarbonisierung ermöglichen:

Die Bundesregierung sollte sich klar zu einem steigenden, verlässlichen ETS-Preisfad bekennen und von politischen Eingriffen zur kurzfristigen Preisdämpfung mit Verzögerungseffekten für den CCS-Hochlauf absehen. Nur ein glaubwürdiger Preisfad in Richtung > 150 €/t CO₂ schafft die notwendige dauerhafte Investitionssicherheit für CCS und andere ebenso komplexe wie z. T. kostenintensive Tiefendekarbonisierungstechnologien. Flankierend braucht es ein dauerhaftes industriepolitisches Signal, dass auch schwer vermeidbare (Prozess-)Emissionen langfristig politisch adressiert werden und nicht im Sinne reduzierter Klimaschutzziele (z. B. 80%-Reduktionsziel statt Neutralität) unter den Tisch fallen.

2

CO₂-Differenzverträge (CCfDs) branchenbezogen weiterentwickeln:

Aktuell kommt die Förderrichtlinie zu den CCfDs ohne eine klare Präzisierung der sog. „schwer vermeidbaren Emissionen“ aus. Erforderliche Querverweise auf Carbon Management-Strategie bzw. den Aktionsplan laufen noch immer ins Leere. Um strategischen Aktionsplan und Förderprogramm sinnvoll miteinander zu verzahnen, ist die nähere Ausarbeitung von Kriterien für eine messbare Nachweislogik der „schwer vermeidbaren Emissionen“ im Rahmen des Carbon Management Forums (CMF) erforderlich. Das gegenwärtige Gebotsverfahren für die CCfDs kann zudem Branchen mit systembedingt hohen CO₂-Vermeidungskosten wie z. B. die Zementindustrie als CCS No-Regret-Branche benachteiligen. Daher sollten spezifische Sektorvolumina künftig den technologischen Reifegrad und spezifische Kostenstrukturen berücksichtigen.

3

Risikoabsicherungsmechanismen für den Netzaufbau umfassend prüfen und regulatorische Strukturentscheidungen vorbereiten:

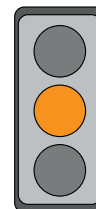
Die Entwicklung zusätzlicher Risikoabsicherungsmechanismen – etwa ein Amortisationskonto für CO₂-Transportinfrastruktur oder ein vergleichbarer Mechanismus – sollte prioritär vorangetrieben und an die tatsächlichen Erfordernisse der Akteure im Rahmen des Carbon Management Forums rückgebunden werden. Parallel braucht es eine frühzeitige Klärung zentraler regulatorischer Strukturfragen (z. B. zur Ausgestaltung der Netzentgelte im Rahmen einer Transportnetzregulierung), um frühzeitig das mittel- und langfristige Design der CO₂-Infrastruktur in Deutschland zu skizzieren – ohne diesen Prozess mit Detailregelungen zu überfrachten, die den Hochlauf verzögern könnten.

Carbon Management

Naturverträgliche Speicherentwicklung

Unsere Erwartung an die Koalition

Die Bundesregierung muss den CO₂-Speicheraufbau naturschutzverträglich offshore wie onshore zügig vorantreiben, um schnell verfügbare Injektionskapazitäten zu schaffen.



Unsere Bewertung

Mit dem Beschluss des KSpTG wurden gebündelt die rechtlichen Grundlagen der Speicherentwicklung in Deutschland offshore wie onshore geklärt. Das Gesetz enthält zahlreiche Vorschriften zum Schutz der Meeresumwelt – u. a. das Verbot der Speicherentwicklung in Meeresschutzgebieten, umfassende Regelungen zum Schutz des Schweinswals und eine zusätzliche 8 km-Abstandszone zwischen Injektionspunkt und Naturschutzgebieten. Gleichzeitig wurde die Errichtung von CO₂-Pipelines ins sog. „überragende öffentliche Interesse“ gestellt. Damit geht die Einschränkung von Verbandsklagerechten einher, die häufig dem lokalen Naturschutz dienen. Zwar handelt die Bundesregierung damit einerseits im Einklang mit den vom EU-Net Zero Industry Act (NZIA) vorgesehenen Planungsbeschleunigung für CCS, stärkt andererseits aber auch bestehende Vorbehalte gegen Klimainfrastrukturprojekte und ihre lokalen Flächenverbräuche. Eine Strategie zur effektiveren Moderation dieser hauptsächlich raumordnerischen Konflikte und ihrer kommunikativen wie auch akzeptanzbezogenen potenziellen Folgen liegt nicht vor. Außerdem schafft das KSpTG eine gute Grundlage für eine Verordnung zur näheren Bestimmung finanzieller Sanktionen, falls die für die durch den NZIA vorgeschriebene Injektionskapazität von den verpflichteten Öl- und Gasunternehmen nicht bereitgestellt wird.

Unsere Forderungen für eine naturverträgliche CO₂-Speicherentwicklung

1

Entscheidungen zur Onshore-Speicherung fundieren und effektiv ermöglichen:

Obwohl die Länder über den Opt-in zur Onshore-Speicherung entscheiden, kann die Bundesregierung ihre Entscheidungsprozesse beschleunigen, indem sie grundlegende Informationen zu Kosten und Nutzen bereitstellt, die eine fundierte Abwägung ermöglichen. Beispielsweise könnte die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Zusammenarbeit mit den relevanten Landesbehörden einen Auftrag zur Entwicklung eines umfassenden aktualisierten Speicherkatasters auf Länderebene zur Berechnung der im Zeitverlauf tatsächlich **realisierbaren Speicherpotenziale der Regionen in Deutschland** erhalten. Im Unterschied zu den bereits in § 5 Abs. 2 des KSpTG vorgesehenen Prüfaufträgen müsste diese länderspezifische Untersuchung zusätzlich eine detaillierte Erfassung der Emissionsstrukturen und ihrer erwarteten Fortdauer im Zeitverlauf in dem jeweiligen Land beinhalten, um nicht nur die geologische Umsetzbarkeit, sondern auch den lokalen Nutzen für die Transformation im Sinne einer Bewertung der Erforderlichkeit zu erschließen.

2

Synergetische Meeresraumplanung und CO₂-Transportnetzplanung an Land mit betroffenen Akteuren voranbringen:

Gemeinsam mit Umwelt- und Interessenverbänden müssen Kriterien für die Auswahl der besten Routen und Orte für CO₂-Transport und -Speicherung in einem deliberativen und wissenschaftsbasierten Prozess entwickelt werden, um Nutzungskonflikte frühzeitig zu minimieren und die Planung von Infrastrukturvorhaben effizient zu bündeln. In diesem Zusammenhang ist bspw. zu prüfen, inwieweit bereits für Offshore-Windenergie ausgewiesene Flächen zusätzlich für die CO₂-Speicherung genutzt werden können (Mehrfachnutzung im Sinne einer integrierten Raumplanung). Eine frühzeitige Beteiligung der (Fach-)Öffentlichkeit minimiert Einwendungen in der konkreten Umsetzungsphase, die trotz „überragendem öffentlichen Interesse“ Verzögerungen erzeugen, die den zusätzlichen Aufwand in früheren Planungsphasen zumeist wettmachen.

3

Effektive finanzielle Sanktion für nicht geschaffene CO₂-Injektionskapazitäten vorsehen (Art. 23 NZIA-Pönale):

Die Einführung eines wirksamen Sanktions- und Pönalensystems durch eine präzise Ausgestaltung der bis 30. Juni 2026 zu erstellenden Rechtsverordnung ist zentral, um die Einhaltung der Verpflichtungen zur Bereitstellung von CO₂-Injektionskapazitäten durch die verpflichteten Öl- und Gasproduzenten gemäß Art. 23 NZIA sicherzustellen. Ohne klare finanzielle Konsequenzen würden notwendige Investitionen in die Speicherentwicklung verzögert oder nicht im erforderlichen Umfang umgesetzt. Die Höhe der Sanktionen muss dabei auch für die Öl- und Gasunternehmen spürbar sein und sich strikt an den gewonnenen wirtschaftlichen Vorteilen einer Nichterfüllung der Verpflichtung orientieren. Die Pönale sollte sich daher an der im KSpTG vorgesehenen maximalen Höhe von rund 135 € (inflationbereinigt) je Tonne im Jahr 2030 nicht bereitgestellter Injektionskapazität orientieren. Auf diese Weise kann sie wirksam und **verhaltenssteuernd ausgestaltet werden, zugleich jedoch verhältnismäßig bleiben und administrativ praktikabel vollzogen** werden.

Zwischenfazit:

Mit den neuen gesetzlichen Grundlagen ist ein erster Schritt getan – doch der strategische CCS-Hochlauf bleibt aus Klimasicht unvollständig. Zentrale Elemente wie verlässliche Risikoabsicherung und effektive Koordination entlang der Prozesskette fehlen weiterhin. Vom Carbon Management Forum erwarten wir daher eine aktive Einbindung aller Stakeholder und konkrete Impulse für transformativ politisch ambitionierte, umsetzungsorientierte Lösungen im Aktionsplan Carbon Management.

BELLONA

Über Bellona

Bellona Deutschland ist eine gemeinnützige Klima- und Umweltorganisation mit dem Fokus auf Klimaschutz in der Industrie. Wir verfolgen einen wissenschaftsbasierten und lösungsorientierten Ansatz. Zentrale Motivation unserer Arbeit ist die systemische Einordnung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, um deren Potenziale und Mehrwerte für den Klimaschutz auszuschöpfen.

Rechtlicher Hinweis

Bellona bemüht sich sicherzustellen, dass die in diesem Bericht enthaltenen Informationen korrekt und frei von Rechten Dritter sind, übernimmt jedoch keine Gewähr oder rechtliche Verantwortung für die Richtigkeit, Vollständigkeit, Interpretation oder Nützlichkeit der Informationen, die sich aus der Nutzung dieses Berichts ergeben können.

Titelbild: Erstellt mit Unterstützung von KI

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell 4.0 International Lizenz (CC BY-NC 4.0). Eine Kopie dieser Lizenz finden Sie unter:



 Neue Promenade 6, 10178 Berlin

 de.bellona.org

Kontakt

Fabian Liss

Referent Industrielles Carbon Management

fabian@bellona.org

+49 152 0264 8133

Amrei Milch

Head of Public Affairs & Operations

amrei@bellona.org

+49 152 0297 0318

Autor:innen

Bellona Deutschland

Design & Layout

Arnbjørn Mortensen

Zitiervorschlag

Bellona Deutschland. 2026. Ein Jahr schwarz-rote Koalition – eine Zwischenbilanz. Berlin. <https://de.bellona.org/publication/ein-jahr-schwarz-rot/>

Lobbyregister: R005021

Handelsregister: HRB 242121 B